

NACHRICHTEN

**FBP Vaduz
Nominationsversammlung**

VADUZ – Am 27./29. Juni 2003 finden die Wahlen für die Geschäftsprüfungskommission und den Kirchenrat statt. Die FBP-Ortsgruppe Vaduz lädt alle interessierten Einwohnerinnen und Einwohner am Montag den 26. Mai um 20 Uhr in den Ratskeller des Restaurants Engel in Vaduz, zur Nominationsversammlung ein. Neben der Präsentation der Kandidatinnen und Kandidaten besteht die Möglichkeit, sich bei den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten über aktuelle Themen aus der Ratsstube zu informieren. Auf zahlreiches Erscheinen freut sich die FBP-Ortsgruppe Vaduz.

Zweite Nachtragskreditvorlage vor dem Landtag

VADUZ – Die Regierung hat die zweite Nachtragskredit-Sammelvorlage für das laufende Jahr zuhanden des Landtags verabschiedet. Die Vorlage umfasst acht Nachtragskredite im Umfang von 3 084 000 Franken und zwei Kreditüberschreitungen mit 119 000 Franken, was zusammen ein zusätzliches Volumen von 3 203 000 Franken ergibt. Rund 60 Prozent oder 1,9 Mio. Franken der zweiten Nachtragskredit-Vorlage betreffen zusätzlich notwendige Mittel für die Vergabe von Aufträgen an Experten und/oder die Einholung von Gutachten. Wichtige Projekte in den Bereichen Finanzen, Gesundheit und Wirtschaft bedingen zusätzliche Mittel, um diese in nützlicher Frist abzuschliessen. Zur Verminderung der Steinschlaggefahr im Gebiet «Schlosshalde» in Vaduz sind aufgrund einer aktuellen Untersuchung Verbauungsmaßnahmen dringlich. Für die Realisierung einer ersten Etappe beantragt die Regierung zusätzliche Mittel von 330 000 Franken. Im Bereich der Abgeltungen ökologischer und tiergerechter Leistungen in der Landwirtschaft beantragt die Regierung eine Erhöhung der budgetierten 4,4 Mio. Franken um 360 000 Franken. Flächenausdehnungen im IP- oder Bio-Bereich, Höherstufung von Verträgen aufgrund der Vertragsdauer sowie beantragte neue Verträge bedingen diese zusätzlichen Mittel. (pafl)

Schulsozialarbeit an liechtensteinischen Schulen

VADUZ – Die Regierung will an den liechtensteinischen Schulen die Schulsozialarbeit aufbauen. In einer ersten Phase soll ein auf drei Jahre angelegtes Pilotprojekt «Schulsozialarbeit FL» gestartet werden. Im dritten Pilotjahr soll eine wissenschaftliche Evaluation Aufschluss darüber geben, ob und wie das Projekt weitergeführt werden kann.

Die für das Bildungswesen Verantwortlichen haben in den vergangenen Jahren die Schulentwicklung vorangetrieben und dabei auch den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen Rechnung getragen. Im sozialpädagogischen Bereich ist trotz allen Bemühungen eine Situation entstanden, welche es schwierig bis teilweise unmöglich macht, dem Kerngeschäft Unterricht den gebührenden Platz einzuräumen. Die Lehrerschaft und die Behörden stossen bei ihren Bemühungen, bei schwierigen Kindern und Jugendlichen eine Verhaltensänderung herbeizuführen, oft an die Grenzen ihrer Kapazitäten und Kompetenzen. Diese Situation gilt es zu entschärfen. Mit dem Pilotprojekt «Schulsozialarbeit FL» sollen die Schulen zusätzliche Unterstützung erhalten. Die Regierung verspricht sich vom Aufbau von Schulsozialarbeit ein besseres Klima an den Schulen, eine schnelle Hilfe für die Kinder und Jugendlichen und deren Eltern sowie eine Entlastung der Lehrpersonen zu Gunsten eines effizienteren Unterrichts. Bei der Schulsozialarbeit stehen u.a. die Krisenintervention, die Prävention, die Integration sowie die Beratung von Kindern und Jugendlichen, Lehrpersonen und Eltern im Vordergrund. (pafl)

Planen hilft sparen

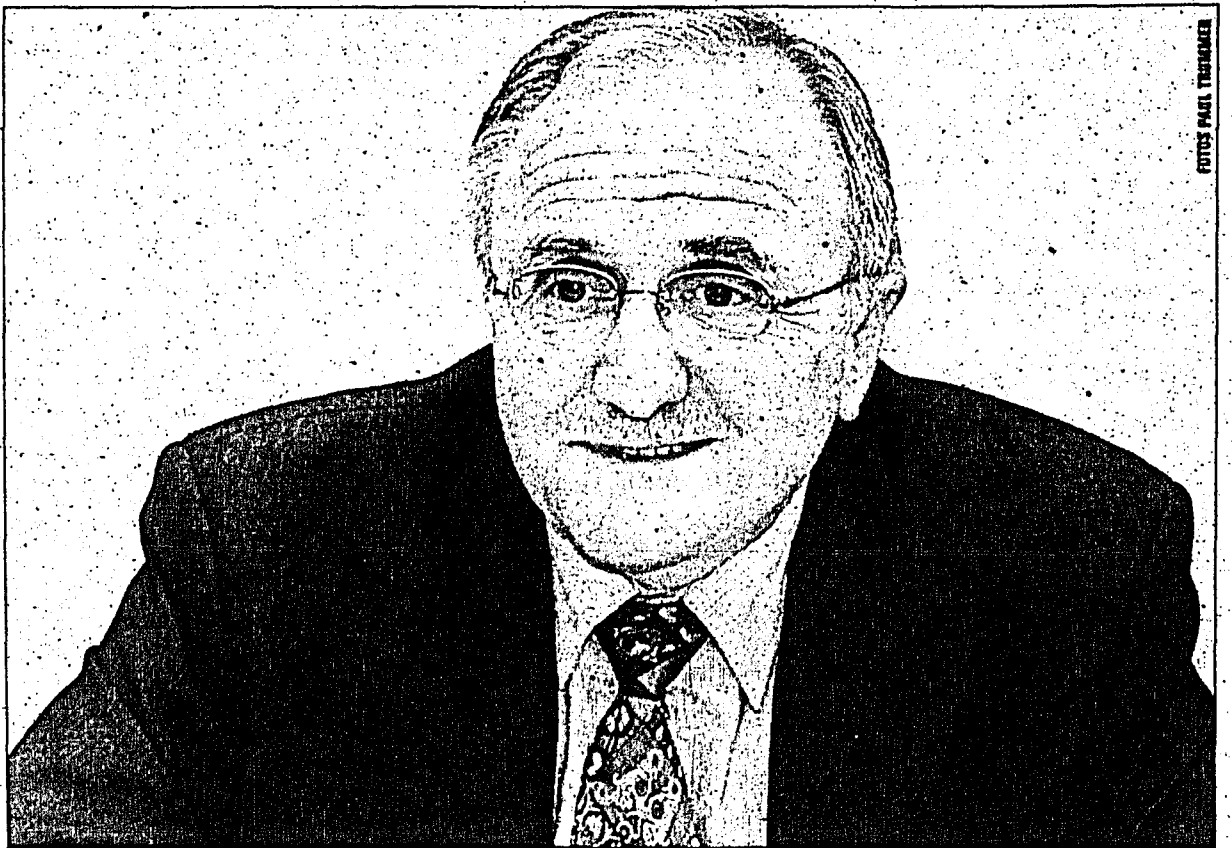
Gesundheitsreform im Juni im Landtag – Frick legt überarbeiteten Bericht vor

VADUZ – Die liechtensteinische Gesundheitsreform soll die Kostenexplosion bremsen und die Qualität sichern. Die Regierung ruft daher Patienten, Ärzte und Krankenkassen zum Sparskurs auf. Gesundheitsminister Hansjörg Frick informierte beim wöchentlichen Medientag über das neue Ärztegesetz sowie Änderungen im Sanitäts- und Krankenversicherungsgesetz, worüber der Landtag im Juni berät.

Die Kostenziele zu planen, um die Gesundheitskosten in den Griff zu bekommen, ist ein einschneidendes Mittel im liechtensteinischen Gesundheitswesen. In Zukunft wird das Land die Krankenkassenbeiträge nicht mehr automatisch zu 35 Prozent im Nachhinein berechnet subventionieren. Der Landesbeitrag soll künftig im Voraus budgetiert werden. So die Revision des Krankenversicherungsgesetzes. Wie Gesundheitsminister Hansjörg Frick sagte, sollen künftig Kostenziele gesetzt und überprüft werden. Die Ärztekammer und der liechtensteinische Krankenkassenverband erhielten dabei einen neuen Stellenwert im Gesundheitssystem.

Neu: Ärztekammer und Disziplinarrecht

Mit der Gesundheitsreform 2004 gibt es zum ersten Mal auch ein Ärztegesetz. Nicht mehr die Sanitätskommission soll damit über die



Gesundheitsminister Hansjörg Frick will Kostenziele und den Arztbedarf planen, um die Gesundheitskosten in den Griff zu bekommen.

oder dem Ansehen seines Berufsstandes schadet. Was die Tarifautonomie der Ärztekammer betrifft, so redet die Regierung jedoch weiterhin mit, indem sie Tarifverträge genehmigt.

Die Regierung nehme die Vorschläge der Ärzte ernst, die im Zuge der Vernehmlassung bis zum 7. April eingegangen seien. So Hansjörg Frick. Wenn Ärztekam-

Arztbesuche im In- und Ausland folgen den gleichen Grundsätzen. Sofern der jeweilige Arzt mit dem liechtensteinischen Krankenkassenverband einen Tarifvertrag abgeschlossen hat, zahlt die Versicherung 100 Prozent, falls nicht, 50 Prozent. Je mehr Ärzte, umso höher die Gesundheitskosten, so der Gesundheitsminister im Vorfeld der Gesetzesentwürfe zur

chronisch Kranke zahlen auch weiterhin einen geringeren Kostenanteil.

Straffer organisiert

Die Gesundheitsreform sieht neu auch ein Amt für Gesundheitsdienste vor. Aufgabengebiete des Landesphysikus und der Sozial- und Präventivmedizinischen Dienststelle werden in diesem Gesundheitsamt zusammengefasst. «Gesundheitspolitik ist ohne Prävention nicht möglich», sagt Gesundheitsminister Hansjörg Frick. Die Gesundheitsvorsorge werde eine stärkere Aufmerksamkeit erhalten, sobald die Gesundheitsreform in Kraft sei. Zu den Aufgaben des Gesundheitsamtes zählte auch Konzessionen und Bewilligungen für Zahnärzte, Apotheker und andere Gesundheitsberufe zu erteilen oder zu entziehen. Dies seien Teilrevisionen des Sanitätsgesetzes. Eine Totalrevision folge.

Das Gesundheitswesen in Liechtenstein soll mit den Gesetzesvorlagen zur Abänderung des Sanitätsgesetzes, zur Revision des Krankenversicherungsgesetzes zur Schaffung eines Ärztegesetzes straffer organisiert werden. «Die Reform muss ein Interessenausgleich sein und das gesamte Spektrum abdecken», ergänzte Regierungschef Otmar Hasler bei der Medienkonferenz. «Wenn man Kosten dämpfen will, braucht es Einschnitte, nicht nur bei den Patienten, sondern auch auf der Seite der Leistungserbringer.» Der Landtag wird die Reform in der Juni-Sitzung in 1. Lesung politisch diskutieren.



Regierungschef Otmar Hasler (rechts): «Die Reform muss ein Interessenausgleich sein.»

Zulassung von Ärzten entscheiden, sondern neu eine Ärztekammer. Wer als Arzt in Liechtenstein arbeiten will, muss in die Ärzteliste eingetragen sein und erhält einen Arztausweis. Wie es in Artikel 38 des Ärztegesetzes heisst, ist die Mitgliedschaft obligatorisch. Die Ärztekammer vertritt die Belange der Ärzte und berät die Regierung in gesundheitspolitischen Fragen. Neu im Ärztegesetz verankert ist auch ein Disziplinarrecht, wenn ein Arzt seine Berufspflicht verletzt

mer und Krankenkassenverband sich beispielsweise nicht einigen könnten über eine Arzt-Neubesetzung, dann gebe es ab 2004 eine Schiedskommission. Die Zulassung der Ärzte zur Krankenversicherung neu zu regeln, ist ein zentraler Punkt der Gesundheitsreform. Die Regierung wird den Bedarf an Ärzten planen, um zu sparen, und pro Fachgebiet festlegen, wie viele Ärzte zu 100 Prozent über die obligatorische Krankenversicherung abrechnen dürfen. Unter diesen Ärzten kann der Patient frei wählen. Geht er zu einem anderen Arzt im In- oder Ausland, übernimmt die Krankenversicherung nur 50 Prozent des Arzthonorars.

Kaum neue Ärzte

Alle bisherigen Ärzte in Liechtenstein behalten ihre Zulassung zur Krankenversicherung. Weil der Bedarf mit 66 Ärzten gedeckt ist, wird es in den nächsten Jahren wenige Neuzulassungen geben.

Gesundheitsreform. Die Arztkosten seien zwischen 1996 und 2000 über 30 Prozent gestiegen, die Zahl der Ärzte habe sich in sechs Jahren verdoppelt. Für 516 Einwohner stehe ein Arzt zur Verfügung.

Um die Kosten zu dämpfen, soll auch dem Arzttourismus ein Riegel vorgeschoben werden. Patienten dürfen ihren Facharzt direkt wählen, ohne den Umweg über den Hausarzt. Dann aber müssen sie für eine Krankheit bei diesem Arzt bleiben. Die Gesundheitsreform macht Schluss mit dem Hausarzt-System. Wer bisher im Hausarzt-System war und eine niedrigere Krankenkassenprämie bezahlt hat, muss künftig den vollen Versicherungsbetrag bezahlen. Kinder und Einkommensschwache sind dafür, was die obligatorische Krankenpflegeversicherung betrifft, komplett von Prämien befreit. Kinder müssen auch keine Kostenbeteiligungen bezahlen. Rentner und

ANZEIGE

Ihren Füssen zuliebe eine Fusspflege in unserem Salon. Machen Sie bitte einen Termin.

Detago

Kosmetik- & Beauty-Produkte
Kosmetiksalon
Rastan-Strasse
FL-9494 Vaduz
Tel. 0923 233 54 94

ANZEIGE

RATTAN CENTER AG
Rattan-Möbel - Inneneinrichtungen

Maria und Leo Schneider
Rattan-Center AG
FL-9490 Vaduz, im Lowe-Center
Tel. +423 399 38 50
Fax +423 399 38 51